

Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 21. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in
der X. Wahlzeit am Mittwoch, den 05.11.2014, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 18:03 Uhr bis 19:15 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende

Kerstin Giger

CDU

Dr. Dagmar Charrier
Agnes Gerecht
Gerd Krämer
Günter Krause
Irina Sperling

SPD

Gabriele Klempert
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta

GRÜNE

Jutta Bruns
Norbert Halas
Lars Keitel
Lars Stockmann

FDP

Jochen Kilp

DIE LINKE.

Stefanie Lohnes

PIRATEN

Michael Geurts

Kreisausschuss

Katrin Hechler
Andrea Conrad
Hadmut Lindenblatt
Hermann Maier
Andrea Pfäfflin
Bert Worbs

Schriftführerin

Annette Goy

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Jürgen Banzer
Carsten Filges

Verwaltung

Egon Bank
Bärbel Beinze
Beate Birkenfeld
Jasmine Bösel
Uwe Fink
Michael Frauenstein
Monika Gies
Dr. Silke Heil
Reinhard Hentzel-Wagner
Felix Heuser
Walter Miot
Andrea Nagell
Klaus-Dieter Stork
Lisa Ziegler

Gäste

Vincenza Biscotti
Petra Damerau
Christine Hatebur
Christin Kasri
Susanne Maiwald
Madlen Oestreich
Tari Sevtap
Tahmina Sharaf

B. Eröffnung

Die Vorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 21. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Giger schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zu beraten. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. Mitteilungen

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler teilt mit, dass die Taunusdienste gGmbH Herrn Klaus-Dieter Stork als neuen Geschäftsführer eingestellt hat.

Herr Stork ist erreichbar im Haus 3 Zimmer 647 und unter folgenden Kontakten:

Telefon 06172 999 8750
 Email K.Stork@Taunusdienste.de

2. Bildung eines Netzwerkes für Inklusion

2014/0920/KA

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler stellt eingangs fest, dass die Entwicklung eines Leitbildes, die Zusammensetzung des runden Tisches und die anzustoßenden Projekte sich über Jahre entwickeln und nicht starr festgeschrieben sein werden. Mit der geplanten Bildung des Netzwerkes soll zu einem normalen Berichtswesen übergegangen werden. Der im Kreistag beschlossene Antrag zum Aktionsplan Inklusion hat sich damit erledigt.

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderung Frau Ziegler stellt sich vor und berichtet zu ihrem beruflichen Werdegang und zu ihrer Motivation, das Ehrenamt anzunehmen.

Bisher konnte sie ein Netzwerk zu den Gemeinden und Städten des Hochtaunuskreises aufbauen, die sie persönlich besucht hat. Hierbei sind ihr hauptamtliche Kontaktpersonen in den Gemeinden und Städten wichtig. Als nächsten Schritt plant sie Institutionen und Verbände zu vernetzen und die einzelnen Fachbereiche im Landratsamt einzubinden.

Frau Bruns fragt nach der finanziellen Ausstattung. Frau Dr. Heil, Fachbereichsleiterin der Leitstelle Frauen, Senioren, Behinderte und Krankenhilfe, berichtet hierzu, dass im Haushaltsplan 2014 5000 € zur Verfügung stehen. Auch für das Haushaltsjahr 2015 sind diese wieder eingeplant. Frau Kreisbeigeordnete Hechler weist darauf hin, dass sich das Themenspektrum entwickeln wird und damit auch die finanzielle Unterstützung angepasst werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3), FDP (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

Beschluss

Zusammen mit der Kreisbehindertenbeauftragten wird ein Netzwerk geschaffen, in dem die Kreisbehindertenbeauftragte, die kommunalen Behindertenbeauftragten sowie Vertreter der Fraktionen des Kreistages in Abständen gemeinsam an einem runden Tisch Maßnahmen erarbeiten, um die Inklusion der Menschen mit Behinderung voranzubringen.

Grundlage dieses Prozesses ist die feste Überzeugung

- dass kein Mensch aufgrund einer Behinderung von Menschenrechten ausgeschlossen werden darf,
- dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zum Ziel hat, dafür Sorge zu tragen, dass die geltenden Menschenrechte für Menschen mit Behinderung anwendbar werden,
- dass die Umsetzung des hessischen Behindertengleichstellungsgesetzes eine wichtige Grundlage für dieses Ziel darstellt,
- dass Integration und Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind und im Gemeinwesen bei den Bürgerinnen und Bürgern beginnen
- dass ein behindertenfreundlicher Landkreis und behindertenfreundliche Kommunen in ihrer Gestaltung des „öffentlichen Raumes“ auch Senioren und Familien mit Kindern entgegenkommen und somit zum Nutzen aller sind.

3. 10. Bericht zur Umsetzung des SGB II - 2013

2014/0888/KA

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler weist darauf hin, dass die Bevölkerungszahlen von 2013 auf Seite 12 des Berichtes ergänzt wurden und eine Austauschseite an die Ausschussmitglieder verteilt wurde (Anlage 1 zum Protokoll).

Es ist beabsichtigt ab 2015 die Datenerhebung in anderer Form durchzuführen, so dass ab 2016 ein detaillierterer Bericht vorgelegt werden kann.

Die Ausschussmitglieder hinterfragen einzelne Punkte aus dem vorliegenden Bericht. Insbesondere wird die Integration von Behinderten, die Orientierungsmaßnahme für alleinerziehende Mütter sowie der Bearbeitungsstand der Widersprüche diskutiert.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Frau Beinze, Leitstelle Frauen, Senioren, Behinderte und Krankenhilfe, Herr Bank, Fachbereichsleiter Arbeitsförderung und Frau Birkenfeld, Leiterin Jobcenter beantworten die Fragen die Ausschussmitglieder.

Auf Bitte von Herrn Stockmann sind die verfügbaren und abgerufenen Bundesmittel der Arbeitsförderung wie folgt aufgelistet:

Verfügbare Budgets des Bundes für den Hochtaunuskreis in 2013:

Verwaltungskosten:	5.330.000 €	(abgerufen 5.276.021,52 €)
Eingliederungsleistungen:	3.330.585 €	(abgerufen 2.430.573,61 €)
Eingliederungsleistungen 50 plus:	743.000 €	(abgerufen 721.243,60 €)

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird.

4. Jahresbericht 2013 der Betreuungsstelle des Hochtaunuskreises 2014/0913/KA

Frau Bruns fragt nach, ob die in der Presse veröffentlichte Suche nach Pflegefamilien zur Betreuung von minderjährigen Kindern erfolgreich war.

Hierzu wird mit dem Protokoll wie folgt geantwortet:

Auf die Anzeige des Pflegekinder- und Adoptionsdienstes haben 15 Familien interessiert reagiert. Acht dieser Familien kamen zu der folgenden Infoveranstaltung. Sechs davon haben an dem Bewerberseminar teilgenommen. Hiervon sind zwei aus persönlichen Gründen (z.B. Schwangerschaft) abgesprungen.

Erst nach der Auswertung des Bewerberseminars kann entschieden werden, welche Familien gut geeignet sind.

Da keine weiteren Nachfragen zum Bericht vorliegen, stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Jahresbericht zur Kenntnis genommen wird.

5. Bericht über die Evaluation zur Kindertagespflege 2014/0914/KA
6. Änderung der Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung laufender Geldleistungen 2014/0916/KA

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler sowie Vertreter der Fraktionen und der Gruppe bedanken sich für die geleistete konstruktive und kompromissbereite Arbeit und den umfangreichen Evaluationsbericht der Tagespflegepersonen.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 16.10.2014 die erste Änderungssatzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung laufender Geldleistungen beschlossen hat.

Frau Hechler betont, dass die Arbeit mit den Tagespflegepersonen fortgesetzt wird und regelmäßige Treffen geplant sind. Herr Miot, Leiter der Leitstelle Kinder, Jugendarbeit, Betreuungsstelle und sozialpsychiatrischer Dienst, ergänzt, dass die verschiedenen Varianten für eine Vertretungsregelung, die nicht in der Satzung geregelt werden müssen, im nächsten Treffen erörtert werden sollen.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Insbesondere werden, angestoßen durch Herrn Kilp, die Vor- und Nachteile einer pauschalierten Abrechnung erörtert.

Frau Bruns bittet darum, dass vor Inkrafttreten der zweiten Erhöhung der Kostenbeiträge zum 01.01.2017 eine erneute Aussprache im Ausschuss erfolgen soll. Frau Hechler sagt eine rechtzeitige Berichterstattung über neu gewonnene Erkenntnisse und den Verlauf der bis dorthin geführten Gespräche mit den Tagespflegepersonen zu.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass in Erledigung des Kreistagsbeschlusses der Bericht über die Evaluation zur Kindertagespflege zur Kenntnis genommen wird.

Abstimmungsergebnis zur Änderungssatzung:

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3)

Nein:

Enthaltung: FDP (1)

Beschluss

Die als Anlage II beigefügte „Erste Änderungssatzung zur Änderung der Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung laufender Geldleistung“ wird beschlossen.

7. Verschiedenes

./.

Frau Giger bedankt sich bei allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration findet am 03.12.2014 statt.

gez. Kerstin Giger
Vorsitzende

gez. Annette Goy
Schriftführerin